



Syrien im Umbruch. Antworten auf die kurdische Frage

Seit März dieses Jahres haben sich auch in Syrien die Menschen gegen den autoritären Staat erhoben und fordern endlich die Einhaltung der Menschenrechte und Demokratie. Das Regime des Landes zählt nach wie vor zu einem der brutalsten und repressivsten in der arabischen Welt. Das beweist die Reaktion des Staatsapparates auf die Proteste der Bevölkerung. Zahllose Menschen mussten ihr Streben nach Freiheit, Demokratie und Menschenrechten bereits mit dem Leben bezahlen.

Die Menschenrechtslage in Syrien ist desolat. Es existieren weder Presse- noch Redefreiheit. Alle Presseorgane werden streng von der Regierung kontrolliert. Menschenrechtler und Oppositionelle verschwinden, werden inhaftiert und gefoltert. Allein im vergangenen Jahr verstarben zahllose Menschen an den Folgen der Folter in syrischen Gefängnissen. Es gibt tausende politische Gefangene in den syrischen Haftanstalten. Dort herrschen katastrophale hygienische Zustände, die medizinische Versorgung ist unzureichend. Die Anwendung von Folter ist gängige Praxis. Die Opfer der Übergriffe leiden oft ein Leben lang an den körperlichen und psychischen Folgen der Gewalt. Nicht selten versterben die Opfer an den Folgen der körperlichen Misshandlungen. Ein besonders engmaschiges Netz verschiedener Geheimdienste kontrolliert mit tausenden von Agenten den Alltag der Syrer. Eine legale Opposition existiert in dem Land, in dem faktisch seit nahezu fünfzig Jahren eine Einheitspartei herrscht, nicht. Menschenrechtsverletzungen werden täglich dokumentiert. Dazu gehören willkürliche Verhaftungen, Folter, das Verschwindenlassen und die Ermordung unliebsamer Personen.

Opfer der staatlichen Gewalt sind neben oppositionellen Kräften im Allgemeinen insbesondere die ethnischen und religiösen Minderheiten. Als zweite größte Bevölkerungsgruppe des Landes sind die Kurden besonders betroffen. Seit Jahrzehnten leiden sie unter einer brutalen Unterdrückung. Das „Kurdenproblem“ versucht man durch aggressive Assimilation und eine rigorose, rassistisch motivierte Arabisierungspolitik zu lösen. Der Gebrauch des Kurdischen ist streng verboten, der Besitz von Medien in kurdischer Sprache ist unter Strafe gestellt. Tausenden Kurden wurde Anfang der 1960er Jahre einfach die Staatsangehörigkeit entzogen. Ihnen und alle ihrer Nachkommen werden grundlegende staatsbürgerliche Rechte verwehrt. Die Staatenlosen haben kein Recht auf Eigentum, keinen Zugang zu Bildung, kein Recht, zivile Ehen zu schließen, kein Recht (aktiv oder passiv) an Wahlen teilzunehmen und kein Recht auf staatliche Anstellung. Gezielt werden kurdische Landbesitzer (entschädigungslos!) enteignet und werden arabische Familien in kurdischen Gebieten angesiedelt. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die demographischen Verhältnisse im Norden des Landes umzukehren.

Die weitgehend friedlichen Proteste gegen die syrische Regierung zielen auf einem demokratischen Wandel. Folgende Forderungen müssen umgehend umgesetzt werden:

1. Sofortiger Stopp des gewaltsamen Vorgehens der Regierung gegen das eigene Volk.
2. Ausländischen Journalisten muss freier Zugang zum Land gewährt werden, damit die Weltöffentlichkeit über die Situation in Syrien informiert werden kann.
3. Freilassung aller politischen Gefangenen.

YAŞA e.V.

Kurdish Centre
for
Legal Studies
and Consultan-
cy

Kurdisches
Zentrum für
juristische Stu-
dien und Bera-
tungen

Navenda kurdî
ji bo lêkolîn û
rawêjkarîya ya-
sayî

المركز الكردي للدراسات
والاستشارات القانونية

YASA e.V.

Postfach 7624
53076 Bonn

[www.yasa-
online.org](http://www.yasa-online.org)

4. Die Weltöffentlichkeit muss entschiedener reagieren. Das Vorgehen der syrischen Regierung muss entschieden verurteilt werden. Eskaliert die Situation in Syrien weiter, so könnte dies schwerwiegende Folgen für die gesamte Region haben. Der internationale Frieden ist bedroht. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen muss daher seiner Verpflichtung aus Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen nachkommen und den Weltfrieden bewahren. Zudem müssen wirtschaftliche Sanktionen und ein Waffenembargo erfolgen.
5. Gleichzeitig muss die Europäische Union entschiedener auftreten und Position beziehen. Die gesamte Zusammenarbeit mit Syrien muss auf den Prüfstand gebracht werden. Das menschenverachtende Vorgehen der Regierung gegen das eigene Volk muss Konsequenzen für die EU-Nachbarschaftspolitik mit Syrien haben.
6. Das Rücknahmeabkommen zwischen der deutschen Bundesregierung und dem syrischen Staat muss umgehend ausgesetzt werden. Hilfesuchende dürfen nicht weiter in die Krisenregion abgeschoben werden. Dort droht ihnen unmittelbare Gefahr für Leib und Leben.
7. Gleichzeitig muss die Bundesregierung ein deutliches Zeichen setzen, die Zusammenarbeit mit dem Folterstaat endlich beenden und den diplomatischen Druck erhöhen: Der syrische Botschafter in Deutschland muss zur persona non grata erklärt werden und sollte umgehend zur Ausreise aufgefordert werden.

Folgende Zielsetzungen müssen mittel- und langfristig umgesetzt werden, damit ein Übergang von der Gewaltherrschaft zu einem demokratischen Staat, in dem die Menschenrechte garantiert werden, gewährleistet werden kann:

1. Durchsetzung demokratischer Reformen unter dem gleichberechtigten Einschluss aller Gruppierungen und der nationalen und religiösen Minderheiten des Landes.
2. Zulassung der Bildung von Parteien. Der Artikel 8 der syrischen Verfassung, der die Baath-Partei faktisch zur Staatspartei erklärt, muss abgeschafft werden. Der Einparteienherrschaft muss ein Ende bereitet werden.
3. Bildung eines Nationalrates und einer verfassunggebenden Versammlung unter der gleichberechtigten Einbeziehung aller Gruppierungen des Landes. Entwurf einer demokratischen Verfassung für Syrien, die dem nationalen und religiösen Pluralismus Rechnung trägt. Hier muss die Meinungs- und Pressefreiheit, die Gewaltenteilung, ein modernes Wahlgesetz, ein neues Parteiengesetz und die Rechtsstaatlichkeit festgehalten werden. Die Verfassung sollte über ein Referendum bestätigt werden, um ihre Legitimität zu festigen. Insbesondere müssen die nationalen und religiösen Minderheiten geschützt werden. Ihnen müssen endlich grundlegende Mit- und Eigenbestimmungsrechte zuerkannt werden. Der autoritäre Zentralismus muss abgeschafft und die Schaffung föderaler Strukturen gefördert werden. Das syrische Volk muss auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes seine wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung frei bestimmen können.
4. Eine demokratische Lösung für die Kurden. Die kurdische Frage muss auf der Basis des Selbstbestimmungsrecht in einer Form der Selbstregierung innerhalb der Einheit des Landes gelöst werden:
 - Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Partizipation der Kurden am Staatswesen
 - Rückkehrrecht für alle vertriebenen Kurden in ihre Heimatgebiete

- Entschädigung für die von der Regierung entschädigungslos enteigneten und vertriebenen kurdischen Landbesitzer
- Abschaffung des arabischen Gürtels
- Verfassungsrechtliche Anerkennung der nationalen und kulturellen Rechte der Kurden
- Zulassung des kurdischen Sprachgebrauchs. Eröffnung von kurdischen Schulen und Universitäten
- Wiedereinbürgerung und Entschädigung der ausgebürgerten Kurden in Syrien und Wiederzuerkennung aller staatsbürgerlicher Rechten.
- Die gezielt rückständig gehaltenen kurdischen Gebiete müssen schrittweise wieder aufgebaut werden.